

Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

Aus der Gemeindevertreterversammlung am 13. Dezember 2018

Milseburgstraße wird erst im Jahr 2020 grundhaft erneuert

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat Die Linke. Offene Liste die Verschiebung der für 2019 geplanten Straßenbauarbeiten in der Milseburgstraße sowie aller grundhaften Erneuerungen von Straßenlampen beantragt.

Im Mai 2018 wurde von der Landesregierung eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Straßenbeiträgen geschaffen. Diese erlaubt es den Gemeinden, eigenständig ohne die Einschränkungen eines Finanzvorbehalts Straßenbeiträge zu erheben oder auch abzuschaffen. Seit Sommer 2018 hat die Gemeinde daraufhin, abweichend von der gültigen Straßenbeitragssatzung, die Bescheide für die Straßenbeiträge ausgesetzt. Dieser Zustand schafft eine Rechtsunsicherheit. Da bis heute noch keine Entscheidung über die weitere Verfahrensweise getroffen wurde, sollten keine neuen Maßnahmen durchgeführt werden. Die für 2019 geplanten Maßnahmen erlauben ein Verschieben auf das Folgejahr, zumal die Investitionen der Gemeinde im Jahr 2019 immer noch eine Rekordhöhe erreichen.

Auf Initiative der CDU wurde die Verschiebung der Erneuerung der Straßenlampen nicht beschlossen. Die Erneuerung der Milseburgstraße wurde hingegen, wie von uns gewünscht, auf das Jahr 2020 verschoben. Bis dahin sollte Klarheit über die Straßenbeiträge hergestellt sein.

CDU lehnt Bürgerbus ab

Die Landesregierung will im kommenden Jahr im Rahmen der Kampagne „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ vierzig Kleinbusse verschenken. Voraussetzungen hierfür sind die Findung eines Trägers, die Rekrutierung ehrenamtlicher Fahrer und ein nachhaltiges Betriebskonzept.

Um eine Chance zu haben, in den Genuss dieser Förderung zu kommen, sollte möglichst bald das Formular zur Interessensbekundung an die Landesstiftung Miteinander-in-Hessen gesendet werden. Deshalb haben wir folgenden Antrag in die Gemeindevertretung eingebracht:

„Die Gemeinde erkundet in Zusammenarbeit mit den Vereinen, wie groß die Bereitschaft der Petersberger Bürger ist, sich ehrenamtlich für einen Bürgerbus zu engagieren, und stellt 5000 € bereit für die eventuelle Unterstützung der Initiatoren.“

Während die SPD Fraktion unsere Initiative unterstützte lehnten CDU und CWE diese ab.

.....Weiter auf der Rückseite

Parkhaus in Petersberg mit neuem Rekorddefizit

Derzeit fährt das Parkhaus jährlich ein Minus von über 100.000,- Euro ein. Um die Defizite auszugleichen hat die CDU-geführte Gemeinde eine Aufstockung des Eigenkapitals um 500.000,- Euro beantragt. Dies haben wir abgelehnt, weil damit nicht nur das bereits eingefahrene Minus ausgeglichen werden soll, sondern auch Raum für die weiter geplanten Defizite des Parkhauses geschaffen wird.

Die Linke. Offene Liste begrüßt das Betreiben des Parkhauses durch die Gemeinde. Privatisierungen der Parkhäuser wie in vielen Städten lehnen wir ab. Mit dem Parken muss kein Geschäft gemacht werden. Allerdings finden wir es unsozial und ökologisch kontraproduktiv, dass die Gemeinde jährlich Zuschüsse im fünf- bzw. sechsstelligen Bereich für das Betreiben des Parkhauses bereitstellt und damit Parkende also Autofahrer begünstigt, während sie die Einbindung in ein Anrufsammeltaxisystem, von dem nicht motorisierte Menschen profitierten, aus Kostengründen ablehnt. Wir erwarten endlich Überlegungen, wie das Parkhaus wirtschaftlich betrieben werden kann.

Unser Antrag, die Gemeinde möge ein Konzept zur Reduzierung bzw. zur Beseitigung des Defizits des Parkhauses erarbeiten, wurde von allen anderen Fraktionen der Gemeindevertretung abgelehnt mit der Begründung, höhere Parkgebühren seien alternativlos und aus Rücksicht auf die Geschäfte nicht gewollt. Wer so argumentiert, erstickt Phantasie im Keim, und verbaut sich so die Möglichkeit, Lösungsideen zu finden und abzuwägen, z.B. Beiträge von Geschäften, Vermietung von Teilflächen, eine Schranke, ...

Mit unseren Anträgen haben wir deutlich gemacht, dass wir einen zeitlichen Spielraum zur Erarbeitung und Umsetzung eines solchen Konzeptes einräumen. Wir sind aber nicht bereit, Defizite des Parkhauses als unvermeidlich hinzunehmen, und erwarten spätestens ab dem Jahr 2020 einen kostendeckenden Betrieb.

Anrufsammeltaxi erneut abgelehnt

Bereits mehrmals haben wir angeregt, endlich alle Ortsteile an den ÖPNV anzubinden.

Auch für den Haushalt 2019 haben wir wieder die Anbindung aller Ortsteile an das Anrufsammeltaxisystem der Stadt Fulda beantragt, damit Petersberger Bürger ohne eigenes Fahrzeug, die nicht im Kernort leben, werktags nach 19.30 Uhr, samstags nach 14.30 Uhr und sonntags in ihr Dorf oder nach Fulda fahren können. Was für Bernhards und Dietershan möglich ist, sollte auch für die Petersberger Ortsteile realisierbar sein. Gerade für unsere Jugendlichen und für unsere älteren Bürger ist ein ordentlich ausgebauter Öffentlicher Nahverkehr die Voraussetzung dafür, kulturelle oder Bildungsangebote nutzen, sportliche Aktivitäten pflegen oder sich mit Freunden treffen zu können. Auch die Umwelt würde geschont, wenn das Elterntaxi überflüssig würde.

Leider scheinen in der CDU geführten Gemeinde Petersberg Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind, nicht so wichtig zu sein. 500.000,- Zuschuss für ein Parkhaus hingegen sind für CDU und CWE kein Problem.

Neue Besen sollten gut kehren

Auszüge aus unserer Haushaltsrede:

Ein Sprichwort sagt: „Neue Besen kehren gut.“

Seit neun Monaten haben wir nun einen neuen Verwaltungschef.

Unsere Hoffnung auf einen frischen Wind in der Gemeinde wurde bisher leider nur punktuell erfüllt. Einigen wenigen guten Ansätzen beim Thema Transparenz stehen doch noch sehr viele verkrustete Strukturen gegenüber. Sicherlich muss man einem neuen Bürgermeister Zeit geben, sich zu orientieren und sich mit den vorhandenen Strukturen und Gewohnheiten vertraut zu machen, aber etwas mehr Mut hätten wir uns schon gewünscht.

Ich denke, es ist jetzt fast ein Jahr nach dem Bürgermeisterwechsel an der Zeit, die Arbeit der Gemeindeverwaltung und der Gemeindegremien umfassend zu analysieren und Verbesserungsmöglichkeiten transparent zu beraten.

Mit unserem Vorschlag behaupten wir nicht, dass alles schlecht sei.

Es geht nicht darum Vorwürfe zu formulieren, sondern um die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen. Wir jedenfalls wären an solch einer Erarbeitung stark interessiert und bieten unsere Mitarbeit an. Uns ist klar, hierzu gehört Mut zu Transparenz und die Fähigkeit andere Argumente anzuhören und abzuwägen. Ich appelliere an sie Herr Bürgermeister: Haben sie den Mut dazu! Folgen sie dem Sprichwort : „Neue Besen kehren gut.“

Nun konkret zum Haushalt der Gemeinde.

Der vorgelegte Entwurf sieht einen Überschuss von ca. 600.000,- Euro im Ergebnishaushalt vor. Der letzte festgestellte Jahresabschluss liegt für das Jahr 2017 vor. Hier beträgt das Ergebnis, nach zunächst geplanten 25.000 Euro Überschuss, am Ende ein 3,7 Millionen Euro plus. Auch die laufenden Zahlen zum Jahr 2018 lassen wieder ein deutlich positives Ergebnis im Ergebnishaushalt erwarten.

Ähnlich positiv ist die Entwicklung des Finanzhaushaltes. Auch hier sind die Ergebnisse in den letzten Jahren stets höher als die vorher geplanten Zahlen. Die liquiden Mittel könnten zum Ende des Jahres zwar etwas niedriger sein als zu Beginn des Jahres. Dies ist aber eine Folge der extrem hohen Investitionen.

Grund für die gute Situation sind die in den letzten Jahren stark angestiegenen Steuereinnahmen. Allein die Grundsteuererhöhung bringt der Gemeinde 800.000,- Euro jährlich. Noch höher sind die Steigerungen bei der Einkommenssteuer. 8,7 Millionen Euro sind hierzu im Haushalt 2019 eingeplant. Das sind 1,2 Millionen Euro mehr als noch im Jahr 2017.

.....Weiter auf der Rückseite

Die gestiegenen Steuereinnahmen bieten nach unserer Auffassung Spielraum für die Abschaffung der ungerechten und immer wieder zu Härten führenden Straßenausbaubeiträge. Zumal die Grundsteuer und auch die Einkommenssteuer im Unterschied zur Gewerbesteuer nicht so großen Schwankungen unterliegen und somit eine verlässliche Einnahme darstellen. Eine Erhöhung der Grundsteuer kommt in Anbetracht der guten Finanzsituation der Gemeinde zur Gegenfinanzierung für uns derzeit nicht in Frage.

Kritik üben wir an den im Haushalt vorgesehenen 500.000,- Euro zur Kampfmittelbeseitigung am Rauschenberg. Dass die Altlasten aus dem zweiten Weltkrieg der Gemeinde aufgebürdet werden, ist nach unserer Auffassung nicht gerechtfertigt. Die Bemühungen der Gemeinde um Unterstützung durch das Land und den Landkreis begrüßen wir.

Allerdings erwarten wir von der Gemeinde auch lauterer Widerstand gegen die Hinhaltetaktik des Landes. Bereits Anfang September hat der Landtagsabgeordnete Arnold angekündigt, dass in den nächsten Tagen die Zusage einer Kostenbeteiligung des Landes an die Gemeinde erginge. Bis letzte Woche lag sie allerdings noch nicht vor. Scheinbar ist die CDU geführte Landesregierung seit Monaten derart mit sich selbst beschäftigt, dass sie nicht in der Lage ist, notwendige Bescheide und Regelungen zu erlassen.

Ähnlich wie bei den Straßenausbaubeiträgen warten die Kommunen auf Antwort aus Wiesbaden. Schade, dass sich die Gemeindevertretung unserer Resolution zur Kampfmittelbeseitigung am Rauschenberg nicht angeschlossen hat. Ich erwarte von der CDU-Mehrheitsfraktion, dass sie ihre parteipolitischen Scheuklappen ablegt und in Zukunft mehr die Interessen der Gemeinde in den Vordergrund rückt.

Jetzt stehen wir vor der Tatsache, dass es immer noch keine Zusagen vom Land gibt und nun die Gemeinde 500.000,- Euro zur Kampfmittelbeseitigung bereitstellen will. Unabhängig von einer rechtlichen Bewertung und der Eigentumsentwicklung des Rauschenbergs kann es nicht richtig sein, dass die Gemeinde alleine die Kosten zur Suche und Beseitigung der Kampfmittel tragen soll.

Als völlig unzureichend ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in unserer Gemeinde zu sehen. Es bleibt dabei: Das Ende der Anbindung für fast alle Ortsteile werktags um 19.30 Uhr und samstags um 14.30 Uhr sowie die völlig fehlende Anbindung sonntags ist für uns nicht hinnehmbar. Wer bereit ist mehr Geld für Zuschüsse zum Parkhaus zu bewilligen als für die Anbindung der Ortsteile an den öffentlichen Nahverkehr in den Abendstunden und an den Wochenenden handelt falsch. Wir werden das Thema immer wieder ansprechen, weil wir der Auffassung sind, dass die Gemeinde derzeit nicht ihrem Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht wird. Auch aus umweltpolitischen Gründen sollte hier gehandelt werden. ...

Zurzeit schafft ein Bundesland nach dem anderen die Straßenausbaubeiträge ab. Fast alle großen Städte in Hessen haben noch nie welche erhoben bzw. haben sie jetzt abgeschafft. Nur die kleinen Kommunen in unserer Region können sich das Abschaffen nicht leisten, weil sie trotz des neuen kommunalen Finanzausgleichs nicht ausreichend finanziell ausgestattet sind. In Hessen sollte die Landesregierung die Kommunen endlich so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben - und dazu gehört auch der gemeindliche Straßenbau - finanzieren können. Unsere Gemeinde ist dazu jetzt schon in der Lage. Wir sollten uns alle dafür einsetzen, dass das Land endlich mehr Mittel zur Verfügung stellt. Erste Forderung sollte nun sein, die erhöhte Gewerbesteuerumlage wieder zu senken. Damit würde unsere Gemeinde fast 500.000,- Euro jährlich weniger an das Land abführen müssen, so unser Bürgermeister in der Besprechung mit den Fraktionen.

Unsere Anträge finden sie unter:

<https://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg>

Unsere Homepage - <http://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/antraege/>